



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

129. Sitzung (öffentlich)

8. März 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, in dieser Sitzung in Fraktionsstärke abzustimmen.

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13989

– abschließende Beratung und Abstimmung

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Änderungsantrag von SPD und Grünen (*siehe Drucksache 16/14410*) einstimmig bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Den durch den zuvor angenommenen Änderungsantrag geänderten Gesetzentwurf nimmt der Ausschuss ebenfalls mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten einstimmig an.

2 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes **8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/14161

– abschließende Beratung und Abstimmung

Ohne eine weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten einstimmig an.

3 Notruf für den Notfallsanitäter: Die Landesregierung muss Mitarbeitenden im Rettungsdienst und in den Kommunen den Rücken stärken! **9**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11699

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/14407

Ausschussprotokoll 16/1522

– abschließende Beratung und Abstimmung

Die CDU-Fraktion kündigt an, dass sie ihren Antrag Drucksache 16/11699 zurückziehen wird.

Der Ausschuss stimmt dann dem Entschließungsantrag von SPD, CDU und Grünen Drucksache 16/14407 einstimmig zu.

**4 Bericht zum Sachstand der Förderung der Arbeit der Betreuungs-
vereine** **11**

Vorlage 16/4791

**5 Bericht zum Sachstand der Zustände in zwei nordrhein-westfälischen
Werkstätten für Menschen mit Behinderungen** **15**

Vorlage 16/4807

* * *

1 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13989

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Günter Garbrecht gibt folgende Hinweise: Der Gesetzentwurf sei vom Plenum am 25. Januar 2017 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen worden.

Es liege ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor.

(Der Änderungsantrag von SPD und Grünen ist Teil von Beschluss-empfehlung und Bericht Drucksache 16/14410.)

Entsprechend des Beschlusses des Ausschusses in seiner 126. Sitzung am 27. Januar 2017 habe eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf stattgefunden. Die Stellungnahmen 16/4647 und 16/4633 lägen vor.

Für die Beschlussfassung sei eine Abstimmung in Fraktionsstärke vereinbart worden.

Die Plenartagesordnung sehe die zweite Lesung des Gesetzentwurfs am Mittwoch, 15. März 2017, unter TOP 14 vor.

Ohne weitere Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Änderungsantrag von SPD und Grünen (*siehe Drucksache 16/14410*) einstimmig bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Den durch den zuvor angenommenen Änderungsantrag geänderten Gesetzentwurf nimmt der Ausschuss ebenfalls mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten einstimmig an.

Nach den Vorgesprächen im Obleutekreis ist **Vorsitzender Günter Garbrecht** der Ansicht, der Ausschuss sollte doch erfahren, welche Gründe dazu geführt hätten, dass sich die Fraktion der Piraten jetzt bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalte.

Torsten Sommer (PIRATEN) begründet die Enthaltung seiner Fraktion: Es sei einfach nicht deutlich, ob die Betroffenen nicht eventuell sogar eine Erhöhung des Blindengeldes fordern würden, weil der Status quo nicht ausreiche. Dementsprechend sei das den Piraten noch unklar. Die Piraten wollten dem Gesetzentwurf aber nicht im Wege stehen. Deshalb enthielten sie sich.

Vorsitzender Günter Garbrecht fragt nach, ob die Piratenfraktion auch im Plenum so votieren werde.

Torsten Sommer (PIRATEN) geht davon aus, dass das so sein werde. Er wolle der Handlungsweise seiner Fraktion aber nicht vorgreifen. Das könne sich auch noch ändern. Er nehme gerne die Lage hier aus dem Ausschuss mit und gebe seiner Fraktion das noch einmal zu bedenken.

Vorsitzender Günter Garbrecht begrüßt das und äußert die Bitte, dass alle fünf Fraktionen dem Gesetzentwurf im Plenum zustimmten.